

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Nach Cancún

Indiens neue Rolle als internationaler »Deal Maker«

SHIKHA BHASIN, TOBIAS ENGELMEIER, FELIX SCHMIDT

April 2011

- Indiens Außenpolitik hat in den letzten Jahren eine grundlegend neue Ausrichtung erfahren – weg von den idealistischen Ansätzen des frühen unabhängigen Indiens, hin zu einem pragmatischen *Global Player*.
- Dieser neue Ansatz wurde bereits in Cancún 2010 durch Äußerungen führender indischer Politiker angedeutet. Somit könnte Indien – entgegen seiner Haltung in Kopenhagen 2009 – bereit sein, Emissionsverpflichtungen anzunehmen.
- Indien kann diesen neuen Ansatz bei den Klimaverhandlungen ohne Bedenken verfolgen. Gleichwohl muss das Land seine langfristige Versorgungsstrategie und sein energiebedingtes Emissionsszenario spezifizieren, um die eigene Verhandlungsposition bei anderen klimabezogenen außenpolitischen Verhandlungen aktiv zu stärken.



1. Einleitung

In den letzten Jahren kam es zu einer bemerkenswerten Verschiebung in der Außenpolitik Indiens. Bei der Konferenz von Bandung 1955, welche einen Meilenstein in der Geschichte der Blockfreien Staaten darstellte, spielte Indien eine maßgebliche Rolle. Anschließend war die indische Außenpolitik lange Zeit idealistisch geprägt. Insbesondere nach den Atomversuchen 1988 wurde diese Ausrichtung allmählich durch einen pragmatischeren Ansatz in den Außenbeziehungen ersetzt. Gleichzeitig verbesserten sich die Beziehungen zu den USA beträchtlich und erreichten mit der Unterzeichnung des Atomabkommens im Jahr 2008, welches von den Kernmaterial-Lieferländern begrüßt wurde, einen neuen Höhepunkt.

2010 statteten alle Staatschefs der ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats Indien einen Besuch ab. Im Anschluss an den EU-Indien-Gipfel im Dezember desselben Jahres in Brüssel traf Premierminister Manmohan Singh darüber hinaus in Berlin mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel zusammen. Nachdem Indien einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhalten hat, arbeitet das Land nun aktiv daran, ständiges Mitglied dieser bedeutenden Gruppe zu werden. Alle Staatschefs sicherten Indien im Rahmen ihrer Besuche Unterstützung zu; insbesondere US-Präsident Barack Obama versprach Indien einen starken amerikanischen Rückhalt.

Dieser Beitrag untersucht den Wandel in der Außenpolitik Indiens von einer ideologischen und moralischen Ausrichtung eines ehemals so genannten »Dritte-Welt-Mitglieds« zu einem aktiven und pragmatischen *Global Player*. Indiens legitime Interessen erfordern eine globale Perspektive sowie die Übernahme von Verantwortung bei der Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese neue Ausrichtung war bei der UN-Klimakonferenz im mexikanischen Cancún im Dezember 2010 bereits deutlich erkennbar. Daher dient die Haltung Indiens während des Gipfels in diesem Artikel als Beispiel für die Veränderungen der indischen Außenpolitik.

2. Der Klimagipfel in Cancún

Bei der globalen Klimakonferenz in Cancún überraschte Jairam Ramesh, Minister für Umwelt und Wälder sowie Spitzenpolitiker der regierenden Kongresspartei in Indien, die heimische und internationale Öffentlichkeit mit

einem neuen flexiblen Verhandlungsansatz. Durch seine Aussage, »all countries must take on binding commitments in an appropriate legal form«, wurde zum ersten Mal öffentlich angedeutet, dass Indien eigenen Emissionszielen innerhalb eines internationalen Rahmenabkommens zustimmen könnte.

Diese gewissermaßen mehrdeutige Aussage sorgte für großen Aufruhr in Rameshs Heimat, da viele Kommentatoren und Politiker befürchteten, es handele sich um eine Neuausrichtung der indischen Politik, die sowohl Indiens Verhandlungsposition maßgeblich schwächen als auch die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes einschränken könnte.¹ Auf internationaler Ebene wurden Rameshs Ausführungen jedoch sehr begrüßt. Er wurde dafür gelobt, die traditionell harte Linie Indiens zu Gunsten eines konstruktiven und flexiblen Engagements beim globalen Thema Klimawandel verlassen zu haben. Seine Rolle habe maßgeblich zur Konsensfindung beim Klimagipfel in Cancún beigetragen.²

Vor Cancún hatte Indien eine klare Haltung sowohl gegen Emissionsziele für Entwicklungsländer als auch gegen die internationale Kontrolle, Dokumentation und Überprüfung seiner freiwilligen Maßnahmen eingenommen. Was hat sich nun durch die Aussagen Jairam Rameshs tatsächlich verändert? Stellen sie eine neue Ausrichtung oder lediglich eine Nuancierung der indischen Verhandlungsposition dar? Auf den ersten Blick – und entgegen der heftigen Reaktionen in Indien und auf internationaler Ebene – scheint die Veränderung minimal. Grundsätzlich – so wurde seitdem klargestellt – unterstreicht die Formulierung »angemessen« und »in angemessener rechtlicher Form«, dass auch künftig zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern differenziert werden müsse. Die Verpflichtungen der Industriestaaten blieben auf internationaler Ebene rechtlich verbindlich und würden mit Strafgeldern belegt, wohingegen es den Entwicklungsländern freistünde, Verpflichtungen einzugehen, welche dann durch die nationalen Regierungen durchgesetzt würden.

1. Vgl. z. B. »It's a Sellout, Cry BJP, Left on India's Stand at Cancún«, in: *The Indian Express*, 10. Dezember 2010; abrufbar unter: <http://www.expressindia.com/latest-news/Its-a-sell-out-cry-BJP-Left-on-Indias-stand-at-Cancun/722994/>.

2. Gemäß Varad Pande, dem Umweltminister Jairam Ramesh unterstellter Officer on Special Duty: »At the closing session, [Mexican host] Minister Espinosa made an emphatic and emotional acknowledgement of the role played by India in the negotiations, to a standing ovation by representatives of all countries; an unprecedented occurrence in the history of climate change negotiations«. Vgl. <http://casi.ssc.upenn.edu/it/pande>.



Der Aussage kommt jedoch auch eine weitreichendere Bedeutung zu, die über spezifische rechtliche Interpretationen hinausgeht. Sie spiegelt Indiens neues Selbstvertrauen und Verantwortungssinn als »Deal Maker« bei internationalen Verhandlungen wider. In dieser Rolle könnte das Land zur Fortsetzung der Diskussion über Emissionsziele für Entwicklungsländer und zur Aufgabe der relativen Sicherheit eines festgelegten Standpunkts bereit sein, um stattdessen Veränderungen voranzutreiben. Dabei ginge Indien zwar ein Risiko ein, würde gleichzeitig jedoch auch neue Möglichkeiten zur besseren Durchsetzung der eigenen Interessen schaffen. Momentan besteht allerdings ein reales Risiko, dass Indiens neue Haltung angesichts des innenpolitischen Drucks wieder zurückgenommen wird.

3. Was passierte eigentlich in Cancún?

Dem Gipfel in Cancún wird nachgesagt, dass er die Klimaverhandlungen aus der Sackgasse hinausführte, in die man durch Kopenhagen geraten war. In gewisser Weise trifft dies auch zu. Immerhin wurde in Cancún ein zwischenstaatlicher Minimal-Konsens über Intentionen und künftige Initiativen erzielt. Die Regierungen konnten sich auf Entscheidungen einigen, welche die Grundlagen für weitere Gespräche bilden werden. Allerdings brachte Cancún keine konkreten Ergebnisse hervor, beispielsweise im Sinne konkreter Verpflichtungen einzelner Länder. Diese wesentlichen und schwer festzulegenden Angaben wurden für die Gespräche bei der nächsten Vertragsstaatenkonferenz aufgespart, die dieses Jahr in Durban stattfinden wird.

Auch wenn Cancún lediglich eine vorläufige Basis geschaffen hat, konnte dennoch ein grundlegender Konsens darüber erzielt werden, dass die Klimaverhandlungen weiter voranzutreiben sind. Darüber hinaus wurden auch folgende Streitpunkte angesprochen:³

- Die Schaffung eines Grünen Klimafonds (*Global Green Climate Fund*), welcher bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen bereitstellen soll. Dieser wird von einer starken Führungsstruktur getragen, in der sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungsländer vertreten sind. Allerdings ist bisher noch nicht ge-

klärt, woher die Gelder kommen werden – bis Mai dieses Jahres sollen die Industriestaaten ihre Angebote unterbreiten.

- Die Schaffung eines *Technology Mechanism* zur Beschleunigung des Technologietransfers von Industriestaaten in Entwicklungsländer. Dieser soll Kooperationen und Netzwerkbildung fördern, sodass Entwicklungsländer Beratungsmöglichkeiten – auch von externen Experten – in Anspruch nehmen können, um ihren Technologiebedarf zu identifizieren, *capacity trainings* durchzuführen und bestehende Technologieprojekte zu unterstützen.

Nach der erfolglosen Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen 2009⁴ wurde Cancún von Politikern weithin als wichtige Trendwende dargestellt. Die meisten Umweltschützer halten die Konferenz hingegen für gescheitert, da umweltpolitische Inhalte gegen einen bedeutungslosen politischen Konsens eingetauscht worden seien. Jairam Ramesh erkannte diese Besonderheit des Ergebnisses: Beim Nachhaltigkeits-Gipfel, der im Februar 2011 in Delhi stattfand, kam er zu dem Schluss, dass Cancún unter ökologischen Gesichtspunkten eine Enttäuschung, politisch jedoch ein Erfolg gewesen sei. In jedem Fall muss betont werden, dass ohne einen politischen Konsens auch kein Fortschritt in punkto Umwelt erreicht werden kann. Zu großen Teilen kann der politische Erfolg der Konferenz Indiens neuer Haltung zugeschrieben werden. Um allerdings die Implikationen für Indien und die dahinterliegenden Motivationen nachzuvollziehen, muss man zunächst verstehen, wie es zu der neuen Ausrichtung kam.

4. Begründung für taktische Überlegungen bei der neuen Position Indiens

Zur Veränderung der indischen Position haben verschiedene Umstände beigetragen. Zunächst war die allgemeine Stimmung in Cancún sehr konstruktiv. Das Scheitern in Kopenhagen hatte zu gegenseitigen Schuldzuweisungen geführt. In der Konsequenz hatten sich viele Staaten vorgenommen, in Mexiko ein positives Ergebnis zu er-

4. Trotz immenser internationaler Aufmerksamkeit und der Teilnahme mehrerer Staatschefs brachte die Konferenz eine schwache »Übereinkunft von Kopenhagen« hervor, welche von den Staaten lediglich »zur Kenntnis genommen« wurde. Bei der Konferenz wurden weder greifbare Ergebnisse noch Verpflichtungen beschlossen, stattdessen wurden Vertrauen und Subsysteme der Klimaverhandlungen stark beeinträchtigt.

3. Vgl. http://unfccc.int/meetings/cop_16/items/5571.php.



zielen. Darüber hinaus war die mexikanische Präsidentschaft des Gipfels – welche breite Zustimmung fand und als taktvoll, pragmatisch und unbefangenen wahrgenommen wurde – der konstruktiven Atmosphäre zuträglich. Dies gilt ironischerweise ebenso für den Umstand, dass Cancún im Gegensatz zu Kopenhagen mit weniger Erwartungen und Scheinwerferlicht bedacht war und von weniger Regierungschefs besucht wurde.

Indien war fest entschlossen, in Cancún eine konstruktive Rolle zu spielen. Vor der Konferenz hatten Jairam Ramesh und Premierminister Manmohan Singh mehrfach signalisiert, dass Indien ein »Deal Maker« und kein »Deal Breaker« sein wolle.⁵ Sowohl dieses politische Motto als auch der Standpunkt und Charakter Jairam Rameshs waren wichtige Voraussetzungen für Indiens neue Haltung. Als Minister mit eigenständigem Verantwortungsbereich (*Minister with »independent charge«*) konnte er Entscheidungen treffen, ohne zuvor das Einverständnis der Kabinettsminister einzuholen. Somit unterstand er direkt dem Premierminister, was ihm einen gewissen Handlungsspielraum verschaffte. Diese Umstände waren der neuen Haltung Indiens förderlich und trugen zu einer besonderen Dynamik und letztlich zum konstruktiven Ergebnis der Verhandlungen bei.

Die verfahrenere Lage in Kopenhagen machte deutlich, dass eine sinnvolle Fortsetzung des Kyoto-Abkommens mit spezifizierten, nur für die Industriestaaten verbindlichen Reduktionszielen nicht realistisch ist, selbst wenn alle Industriestaaten (insbesondere die USA) einbezogen würden. Die Positionen mussten sich um ein ganzes Stück verändern, wenn in irgendeiner Weise Fortschritte erzielt werden sollten. Angesichts der offensichtlichen Unerreichbarkeit dieser bevorzugten Lösung setzte sich Indien für das Erreichen des zweitbesten Ergebnisses ein: Durch eine flexiblere und entgegenkommendere Haltung, bei der alle Länder – auch Indien – Emissionsziele diskutieren, könnte ein globales Abkommen ermöglicht werden.

In diesem Sinne hatte Indien ein Interesse daran, die veränderte Situation in die eigene Hand zu nehmen, um

dadurch übergreifende Vorteile zu erreichen. Obgleich Indien sich relativ unempfindlich gegenüber dem Druck der Industriestaaten gezeigt hatte, bindende Emissionsziele zu akzeptieren, riskierte das Land eine diplomatische Isolierung, als neben der Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) und der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) auch die BASIC-Staaten, Brasilien und Südafrika, öffentlich damit begannen, verbindliche Emissionsziele in Erwägung zu ziehen. Indem Indien eine veränderte Haltung signalisierte, tat das Land es nicht nur den anderen gleich, sondern profilierte sich darüber hinaus als proaktiver Anführer bei der Bewältigung der größten globalen Herausforderung unserer Zeit.

Nun könnte man fragen, warum sich ausgerechnet Indiens Position und nicht beispielsweise die der USA verändern musste, um bei der Konferenz Fortschritte zu erzielen. Ein ganz einfacher Grund besteht darin, dass die Verhandlungsposition Indiens deutlich schwächer ist als die der USA. Während Indien unter ethischen Gesichtspunkten eine starke Position beanspruchen kann,⁶ ist die der USA in realpolitischer Perspektive gewichtig. Indien möchte Entwicklungen vorantreiben und hat verstanden, dass eine unkooperative, unflexible Strategie nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt. Die USA hingegen verursachen den weltweit höchsten Treibhausgasausstoß. Insofern können die USA im Vergleich zu anderen Staaten durch ein globales Abkommen nur verlieren; sie sind daher an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert. Die USA können abwarten und – im Gegensatz zu den Interessen und Bedürfnissen Indiens – die Verhandlungen bis ins Unermessliche weiterlaufen lassen.

5. Strategisch sinnvoll

Indien profitiert von einem globalen Abkommen in zweierlei Hinsicht. Zunächst ist Indien eines der vom Klimawandel am stärksten bedrohten Länder. Die Bevölkerung ist nach wie vor in weiten Teilen arm und in der Landwirtschaft tätig, und somit von Veränderungen in

5. Vgl. z. B. <http://www.newsweek.com/2009/11/05/india-cleans-up-its-act.html>; <http://www.thejakartaglobe.com/world/india-seeks-to-be-deal-maker-on-climate-change/333535>; http://www.thaindian.com/newsportal/india-news/india-will-be-a-deal-maker-not-a-deal-breaker-at-copenhagen-saran_100283974.html; <http://www.thehindu.com/news/national/article61080.ece>.

6. Historisch gesehen ist Indiens Verantwortung für den Klimawandel gering. Der Pro-Kopf-Ausstoß liegt weltweit im untersten Bereich und Indien argumentiert, dass das Land »carbon space« benötige, um die Befriedigung der Grundbedürfnisse der weiterhin überwiegend armen Bevölkerung sicherzustellen. Im Gegensatz zu den Industriestaaten hängen Indiens CO₂-Emissionen nicht mit dem Lebensstil, sondern mit der Entwicklung zusammen.



der Wasserversorgung und den Vegetationszyklen direkt betroffen. Zudem wächst die Bevölkerung rasant an, während bereits knappe Ressourcen weiter schwinden. Insofern ist der Klimawandel auch eine Angelegenheit nationaler Sicherheit – mehr noch als eine Frage globaler Gerechtigkeit. Da hier nur eine globale Lösung greifen kann, muss Indien mit anderen Ländern kooperieren; auch mit denjenigen, die weniger gefährdet sind, obwohl sie mehr Verantwortung für den Klimawandel tragen. Indien muss einen Weg finden, damit sowohl die Industriestaaten als auch andere Länder mit hohem Emissionsausstoß – wie beispielsweise China – diesen so weit wie möglich reduzieren. Je stärker diese Länder ihren Ausstoß herunterfahren, umso mehr *carbon space* kommt Indien zu. Indiens Interessen lassen sich dabei eher in einem internationalen Rahmenabkommen als durch bilaterale Abkommen umsetzen. Daher sollte sich Indien klar dafür engagieren, ein internationales Abkommen zu ermöglichen.

Zudem hat Indien von bisherigen globalen Abkommen eindeutig profitiert (z.B. durch den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (*Clean Development Mechanism*) und wird höchstwahrscheinlich aufgrund weiter geltender Marktmechanismen, finanzieller Unterstützung und technologischer Kooperation auch aus künftigen Vereinbarungen einen Nutzen ziehen.

Andererseits sind die Kosten eines internationalen Abkommens auf der Grundlage von Emissionszielen für alle Länder, einschließlich Indien, für letzteres wahrscheinlich relativ niedrig.

- Falls Indien eine verbindliche Verringerung der Emissionsintensität, basierend auf den aktuellen freiwilligen Reduktionszielen, akzeptiert, würden keine zusätzlichen Kosten entstehen. Indien hat sich zu einer Reduzierung der Emissionsintensität um 20 % bis 25 % pro BIP-Einheit bis 2020 mit Bezug auf die Werte von 2005 verpflichtet.⁷ Diese Verringerung wird wahrscheinlich durch den erwarteten Austausch veralteter Maschinen und Verfahren sowie die absehbare Einführung neuer Technologien umgesetzt werden und spiegelt die historischen Verbesserungen der Emissionsintensität bezogen auf das BIP wider.

7. Ministerium für Umwelt und Wälder. Jahresbericht 2009-2010. S. 271. <http://moef.gov.in/report/report.html>.

- Eine Verringerung der Energieintensität bezogen auf das BIP, die über die erklärten freiwilligen Ziele bis 2020 hinausgeht, wäre für Indien äußerst ratsam, da bei Stromerzeugung, -übertragung und -nutzung durch Industrie und Endverbraucher kostspielige Ineffizienzen bestehen.⁸ Zudem ist das Subventionssystem für Mineralöl-erzeugnisse und -kraftstoffe aufgrund der Förderung von exzessivem Verbrauch, welcher mit hohen staatlichen Ausgaben verbunden ist, unwirtschaftlich. Eine Beseitigung dieser Mängel liegt eindeutig im Interesse Indiens und würde für Wirtschaftswachstum und Emissionen eine klare *win-win*-Situation schaffen, wodurch Indien mehr Spielraum bei Emissionszielen gewinnen würde, die auf die Emissionsintensität pro BIP-Einheit bezogen sind.
- Durch die heimische Klimapolitik schafft Indien vor Ort substantielle Tatsachen, die es bei internationalen Klimaverhandlungen ins Feld führen kann. Dies gilt insbesondere für den Nationalen Aktionsplan gegen Klimawandel (*National Action Plan on Climate Change*),⁹ einschließlich der *National Solar Mission*, und aktive politische Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien, z. B. bei Wind- und Solarenergie, Biomasse sowie Kleinwasserkraftwerken, durch die bis September 2010 eine netzgekoppelte Kapazität von 18.138,95 MW erzeugt wurde.¹⁰
- Unabhängig von internationalen Emissionsvereinbarungen wird Indien in einer auf fossilen Brennstoffen basierenden Wirtschaft zunehmend mit Ressourcenengpässen konfrontiert sein, da Ressourcen knapper und auf dem internationalen Markt immer teurer werden. Eine aktuelle Studie von Rajan Gupta, Harihar Shankar und Sunjoy Joshi im Auftrag der *Observer Research Foundation* in Neu-Delhi, welche Indiens voraussichtlichen Energiebedarf und die zu erwartenden Energiepreise im Jahr 2032 analysiert, kommt zu dem Ergebnis, dass »India

8. Für detaillierte Informationen vgl. Internetseite des *Bureau of Energy Efficiency* des Energieministeriums (www.bee-india.nic.in) oder des *Energy Manager Training* (www.energymanagertraining.com).

9. Zum *National Action Plan on Climate Change* vgl. <http://pmindia.nic.in/Pg01-52.pdf>.

10. Darunter fällt Energie, die bis zum 30. September 2010 durch Solar-Anlagen (17,82 MW), Wind (12.809 MW), Biomasse (2.510,13 MW) und kleine Wasserkraftwerke (2.802 MW) erzeugt wurde. Diese Zahlen wurden im Februar 2011 beim Nachhaltigkeits-Gipfel in Delhi durch das Ministerium für neue und erneuerbare Energien weitergegeben. Für diese spezielle Veröffentlichung ist kein Internetlink verfügbar.

does not really sacrifice its ability to grow by agreeing to cap its total emissions at 5 billion tonnes per year«.¹¹ Dies würde Emissionen von etwa 3 Tonnen pro Kopf im Jahr 2032 entsprechen und damit unter dem globalen Durchschnitt von 4,2 Tonnen pro Kopf und Jahr sowie weit unter dem momentanen Pro-Kopf-Emissionsausstoß in den Industriestaaten liegen.

All diese Argumente legen nahe, dass Indien bei internationalen Klimaverhandlungen über beträchtlichen Spielraum verfügt. Solange Emissionsziele nicht den Preis pro Energieeinheit erhöhen (wie dies beispielsweise bei einer Kohlenstoffsteuer der Fall wäre), und solange Emissionsziele nicht auf eine Reduktion der absoluten Emissionen Indiens abzielen, kann Indien eine internationale Vereinbarung akzeptieren, bei der auch für Indien verbindliche Emissionsziele festgelegt werden. Es ist davon auszugehen, dass eine solche Vereinbarung für Indien eindeutig von Vorteil wäre. Insofern sollte Indien diese durch einen flexiblen und engagierten Ansatz vorantreiben.

Aus Perspektive Indiens besteht nun die Gefahr, dass nach der Abkehr vom rigorosen Kurs der Zurückweisung jedweder verbindlicher Verpflichtungen, die eigene Position zunehmend unterminiert wird, indem weitere Forderungen an Indien herangetragen werden. Dieses Risiko besteht, da Indien dem übergeordneten Ziel zugestimmt hat, den Anstieg der Erdtemperatur auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Die Angst vor einem solchen Szenario erklärt zum Teil die Aussagen indischer Politiker nach Cancún, einschließlich des Premierministers Manmohan Singh, der kürzlich bei einer Konferenz ausführte,¹² dass Indien verbindliche Verpflichtungen nicht akzeptieren werde. Diese Bedenken sind indes unbegründet. Derzeit ist davon auszugehen, dass es überhaupt kein internationales Abkommen mit rechtlich bindenden Verpflichtungen geben wird. Falls sich Indien übergebühlich mit Forderungen konfrontiert sehen sollte, könnte sich das Land immer noch in die Gruppe derjenigen einreihen, die Fortschritte in Richtung eines Abkommens ausbremsen.

11. Rajan Gupta, Harihar Shankar und Sunjoy Joshi (2011): »Development, Energy Security and Climate Security: India's Converging Goals«, in: *Sustainable Development and Climate Change*, hrsg. v. Sunjoy Joshi und Marlies Linke, Neu-Delhi: Academic Foundation.

12. TERI's Sustainable Development Summit, der im Februar 2011 in Delhi stattfand.

Wenn Indien sich allerdings geschickt anstellt und seinen aktiven, engagierten Einsatz bei den Klimaverhandlungen weiterverfolgt sowie verbindliche Abkommen innerhalb vernünftiger Grenzen akzeptiert – wodurch für Indien kaum reale Kosten entstehen würden – könnte sich das Land beträchtliche Vorteile verschaffen: Indien könnte die durch den Klimawandel bedingten Gefahren verringern, auf internationale Geldmittel und Technologien zugreifen sowie sein Bild als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft stärken. Dies würde sich wiederum umfassend positiv auf Indiens Außenpolitik auswirken. Um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen, müsste sich Indien jedoch eine differenzierte Verhandlungsstrategie zurechtlegen, die sowohl bei unterschiedlichen Konstellationen als auch bei verschiedenen möglichen Ausgängen greifen würde.

6. Schlussbemerkung: Indien wird zum *Global Player* – bei den Klimaverhandlungen und als Architekt globaler Diplomatie

Damit Indien seine legitimen Interessen an einer soliden Strategie bei den Klimaverhandlungen nutzen kann, müsste es seine Position in punkto Klima fest in eine langfristige Energiestrategie und seine übergreifenden außenpolitischen Ziele einbetten.

Ohne langfristige Energieversorgungsstrategie und ein energiebedingtes Emissionsszenario wird es sich für Indien schwierig gestalten, den eigenen Kohlenstoffbedarf und die genauen Kosten abzuschätzen, die durch die Emissionsreduzierungen entstünden und über die durch Effizienzsteigerung herbeigeführten *win-win*-Möglichkeiten hinausgingen. Eine derartige Strategie würde auf der indischen *Integrated Energy Policy* aus dem Jahr 2006 fußen (welche den Zeitraum bis 2032 abdeckt),¹³ würde jedoch regelmäßig aktualisiert werden, detaillierter gestaltet sein und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken (mindestens über 40 Jahre bis 2050). So könnten langfristige Prognosen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, zum globalem Emissionsaufkommen und zu Energieversorgungsstrategien anderer Länder – insbesondere konkurrierender, regionaler,

13. Vgl. dazu Planning Commission of India, Expert Committee on Integrated Energy Policy: 2006. *Integrated Energy Policy*. www.planningcommission.gov.in/reports/genrep/rep_intengy.pdf.



großer und rasant wachsender Wirtschaftsmächte wie China und Indonesien – in vollem Umfang berücksichtigt werden.

Zudem fügt sich eine aktive Haltung bei den internationalen Klimaverhandlungen gut in Indiens übergeordnete außenpolitische Interessen ein. Dadurch dass sich Indien vom Entwicklungsland bzw. von einer regionalen Macht hin zu einem Industriestaat und *Global Player* entwickelt, muss das Land aktiver mit komplexeren Risiken umgehen können (beispielsweise im Bereich Klimawandel, Energiesicherheit, Wasserressourcen und lokale Verschmutzung). Indien wird hierbei wachsende Einflussmöglichkeiten haben. Zudem bedarf Indiens *green growth diplomacy* der Einbindung und Verantwortung einer selbstbewussten Nation. In diesem Sinne wäre die neue in Cancún präsentierte Haltung Teil einer umfassenderen Veränderung der indischen Außenpolitik, wonach sich das Land eher als Architekt, denn als Objekt globaler Strukturen begreift.



Über die Autoren

Ms. Shikha Bhasin ist Klimaberaterin bei BRIDGE TO INDIA Pvt. Ltd. Sie beobachtet globale Maßnahmen im Bereich Klimawandel und Emissionsreduktion und entwickelt sowohl Politik-Strategien als auch Chancen-Risiko-Bewertungen für Unternehmen.

Dr. Tobias F. Engelmeier ist Managing Director bei BRIDGE TO INDIA Pvt. Ltd. Er berät internationale Technologieunternehmen und Investoren im Bereich erneuerbarer Energien, Ressourcen-Management und Stadtplanung auf dem indischen Markt. Er ist Autor eines Buches über indische Politik.

Dr. Felix Schmidt ist Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Indien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7451 | Fax: ++49-30-269-35-9211
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Julia.Schultz@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-705-0